

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1919

133 (20.3.1919) Mittagausgabe

Badische Presse.

General-Anzeiger für Karlsruhe und das badische Land.

Unabhängige und am meisten gelesene Tageszeitung in Karlsruhe. Weitens größte Bezahlerzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Stamm- und Verlags-Verwaltung: Badische Presse, Karlsruhe, Hauptstraße 10. Verantwortlich für alle Anzeigen: Anton Rudolf, Karlsruhe, Hauptstraße 10. Preis für den Abnehmer: 1.25 M. für den Einzelabnehmer: 1.25 M. für den Einzelabnehmer: 1.25 M.

Bezugs-Preise: Einzel-Abnehmer: 1.25 M. für den Einzelabnehmer: 1.25 M. für den Einzelabnehmer: 1.25 M. für den Einzelabnehmer: 1.25 M.

Nr. 133. Telefon: Geschäftsstelle Nr. 86. Karlsruhe, Donnerstag den 20. März 1919. Telefon: Redaktion Nr. 809. 35. Jahrgang.

Die Beratung der neuen badischen Verfassung.

Karlsruhe, 20. März. Die bad. Nat.-Versammlung hat gestern nachmittags ihre wichtigste Aufgabe, die Verabschiedung der neuen badischen Verfassung, in Angriff genommen. Wer möchte sich nicht daran erinnern, daß vor gerade sechs Monaten an der gleichen Stelle als Volksvertretung versammelt waren, um in feierlicher Form der Schaffung der ersten badischen Verfassung vor 100 Jahren zu gedenken. Wie rasch und plötzlich haben sich in dieser kurzen Frist von einem halben Jahr die Dinge geändert. Damals feierte man mit allem öffentlichen Prunk und aller bürgerlichen Genugtuung, mit Glockenläuten und Militärparade das Verfassungsfest, heute zeigte nichts die feierliche Stunde an, denn eine solche ist es doch, wenn es gilt dem Volk durch das Volk eine neue Verfassung zu geben. Wohl hat man auch jetzt Militär aufgeboten, aber ist es nicht der Prunkhau, sondern der Sicherheit der bad. Nat.-Versammlung wegen, die unter dem Schutze der Maschinenwache und der Stahlhelmbewehrten tagt, um das bedeutende Werk, zu dem sie zusammenberufen ist, einem guten Ende entgegen zu führen.

Schon geraume Zeit bevor Präsident Kopf gegen 4 Uhr nachmittags durch das bekannte Glockenzeichen den Beginn der Sitzung anzeigte, waren Galerien und Logen dicht besetzt. In den letzteren sah man bekannte Staatsmänner, auch der frühere Staatsminister von Baden war dort zugegen. Die Mitglieder der Nat.-Versammlung waren nahezu vollständig im Saal versammelt, nur ganz wenige fehlten. Ebenso war der größte Teil der Minister erschienen.

Nach der Beratung der Eingänge, denen niemand besondere Aufmerksamkeit schenkte, betrat Abg. Dr. Zehner das Rednerpult, um im Namen des Verfassungsausschusses den Bericht über den neuen Gesetzentwurf und seine Veränderungen zu erstatten. Eine schwere Aufgabe war ihm geworden, aber mit der Klarheit, die seine Reden auszeichnet, mit großer Deftigkeit und erfüllt von reichem Verständnis und Wissen für den Gegenstand, führte er seine Aufgabe durch. Welt über zwei Stunden dauerte seine Rede, gespannt und aufmerksam lauschten ihm alle, die im Saal waren, denn es war nicht jene trockene Berichtsabnahme, wie man sie so oft erleben muß, es war eine Rede, ausgedrückt mit manchem Neuen, was man weder in den in der Vergangenheit erschienenen Berichten über die Sitzungen des Verfassungsausschusses, noch in dem Druckbericht des Berichterstatters selbst gelesen hatte. Besonders interessant war es, Dr. Zehner über die neue Staatsform zu hören. Er betonte hierbei, daß Baden auch für sich ein selbständiger Bundesstaat im Reich ist, der seine eigenen staatlichen Aufgaben und seine eigene Finanzwirtschaft verwaltet. Dann sprach er von dem neuen Heereswesen. Auch hier will Baden eine gewisse Selbständigkeit als bisher besitzen. Es sagt sich nicht vom Reich los, aber die preußisch-badische Militärkonvention ist ein für allemal abgetan. Zu dem Gesetzentwurf selbst übergehend behandelte Dr. Zehner in großzügiger Form die Gesetzesabschnitte, indem er nicht auf alle einzelnen Paragraphen einzugehen, sondern die Hauptpunkte herausgriff und beleuchtete. Der Wunsch, mit dem er schloß, daß das Volk die nun in seine Hände gegebene Macht mit Weisheit und Mäßigkeit möge, fand lebhaften Widerhall in der Versammlung. Gestern konnte dann nur noch ein Redner der Parteien sprechen und zwar erhielt zunächst derjenige der Sozialdemokratie, Dr. Dieß, das Wort. Er erklärte, die sog. Fraktion werde dem Gesetzentwurf zustimmen, da sie es als ein Kompromißwerk ansehe, das wenn auch nicht alle, so doch viele ihrer Wünsche erfülle. Heute wird die Generaldebatte fortgesetzt. In Abgordnetenkreisen hört man, daß es auch in der Einzelberatung der Paragraphen zu einer lebhaften Aussprache kommen werde, da die Zentrumsnationalen beschloßen haben, neue Anträge zu stellen. Damit wäre die Ermahnung, daß zu dem neuen Gesetzentwurf von jeder Partei nur ein Redner sprechen soll, umgefallen. Aller Voraussicht nach findet auch heute, Donnerstag, am Nachmittag eine weitere Sitzung statt.

Badische Nationalversammlung.

Karlsruhe, 19. März. Die 11. öffentliche Sitzung wurde um 4 Uhr von dem Präsidenten Kopf mit der Berlesung verschiedener Eingänge (Petitionen usw.) eröffnet. Das Haus ist stark besetzt. Die Debatte dicht gefüllt. Das Haus steht unter besonderem militärischem Schutz.

Das neue badische Verfassungsgesetz.

Der Beginn der Redner besonders hervorzuheben, daß durch die Beratung: „Der badische Staat ist ein selbständiger Bundesstaat im Reich“ der Gedanke abgelehnt werden soll, als ob aus Anlaß der gegenwärtigen revolutionären Umwandlung aus dem deutschen Reich ein Einheitsstaat gebildet werden sollte und somit die bisherigen Bundesstaaten nur noch als Provinzen erscheinen würden. Die Meinung der neuen badischen Verfassung geht dahin, daß Baden auch nach dem neuen selbständiger Bundesstaat im Reich bleiben soll mit eigenen staatlichen Aufgaben und mit eigener Finanzwirtschaft. Die Wendung des Heereswesens, die darin besteht, daß Baden seine militärischen Angelegenheiten künftig selbst verwaltet, wobei der Gedanke der Einheit des Reichsheeres nicht angetastet ist, hatte seinen Grund darin, daß in dem vergangenen Krieg die Auslegung der badischen preußischen Militärkonvention von Seiten Preußens in einer Weise gehandhabt wurde, daß viele Klagen laut wurden, sei es nun, daß badische Landeslinder in preußische Regimenter verlegt und unter unangenehm der badische Handel und das badische Gewerbe und Handwerker beeinträchtigt wurden. Eingehend verarbeitete sich der Bericht, unter dem über die Vorrechte des Adels im neuen badischen Staat und seine Stammgüter, worüber das Verfassungsgesetz bestimmt, daß diese Stammgüter nicht erachtet werden dürfen, ging dann auf strafrechtliche Fragen über und ihre Haltung gegenüber dem Reichsverfassungsgesetz, sowie auf den wichtigen § 18 des neuen Gesetzes, der die rechtliche Stellung der kirchlichen und religiösen Gemeinschaften regelt, der bestimmtlich im Verfassungsausschuß zu einer lebhaften Aussprache Anlaß gegeben hat und in dem nicht nur, wie bisher, die katholische und evangelische Kirche, sondern alle Religionsgemeinschaften (die eine Gewähr für Bestand geben) rechtlich gleichgestellt sind und hierbei der katholischen Kirche die Ausführung von Prozessionen gestattet ist. Eingehend und feierlich sprach im folgenden Abg. Dr. Zehner über die Patronatsfrage und über den § 19 (Schulparagraphen), dessen Befassung aus den Berichten der Verfassungsausschüsseungen

Generaldebatte über das Verfassungsgesetz.

Dr. Dieß (Soz.), der daraufhin sprach, daß das badische Parlament sich augenblicklich in einer Feierstunde befindet, da es gelte, ein neues Verfassungsgesetz zum Abschluß zu bringen. Der Redner gedachte der Vorkämpfer des Gedankens der badischen Revolution, Hecker und Strauß, ferner Marx und Engels, Lassalle und Diebstreit und derjenigen Männer, die mit ihrem Blut ihre Ueberzeugung besiegelt haben. Hier habe es sich am deutlichsten gezeigt, wie unmöglich es ist, große Ideen durch das Standrecht zu unterdrücken. Nicht das Wort eines Souveräns hat uns hierher berufen, sondern die Revolution hat uns an diesen Platz gestellt. Die Macht der Arbeiter- und Soldatenräte war es, auf die wir uns heute zu verlassen haben. Die Regierung berufen werden konnten.

Bei dem neuen Verfassungsgesetz handelt es sich um ein Kompromißwerk. Namens meiner Fraktion kann ich erklären, daß wir diesem Kompromißwerk zustimmen, weil darin die politischen und demokratischen Ertragenschaften der Revolution in solchem Umfang gesichert sind, und weil wir in dieser neuen Verfassung die Möglichkeit sehen, auch für die Sozialisierung unseres wirtschaftlichen Lebens weiterhin zu arbeiten. Wir haben uns entschlossen, dem Kompromißwerk zuzustimmen unter der Voraussetzung, daß bei dieser Verfassung keine Veränderung vorgenommen werden, die wir als verschlechternd ansehen können und daß auch die anderen Fraktionen sich zu demselben Standpunkt bekennen und der neuen Verfassung gleichfalls unter Zurückstellung von Einzelwünschen zustimmen. Für unseren dem Gesetz in der Fassung des Ausschusses zustimmenden Standpunkt war maßgebend erstens, daß künftig Souveränität und Demokratie ist, zweitens, daß das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht aller Staatsbürger festgelegt ist. Wir begrüßen dann besonders die Mitarbeit der Frauen nicht allein diejenigen des Proletariats, sondern auch die Frauen der anderen Fraktionen, der anderen Parteien, weil wir es als ein Glück für unser Volk betrachten, wenn Frauen aus allen Kreisen in dem großen Kampf der Demokratisierung und der Sozialisierung mitarbeiten. Wir freuen uns ferner, daß die Jugendlichen mehr als bisher zur Mitarbeit herangezogen werden. In manchen mag der Krieg ungünstig auf die Jugend eingewirkt haben, wir dürfen aber nicht vergessen, was die Jugendlichen während der letzten 4 Jahre in der Landwirtschaft und Fabrik geleistet haben. Den Soldatenräten danken wir es, daß die Revolution sich in sehr kurzer Zeit in Bahnen abgepielt hat, die fernab stehen von denen der französischen Revolution. Im Auftrage meiner Fraktion möchte ich deshalb auch hier aussprechen, daß wenn auch die Soldatenräte in der jetzigen badischen Verfassung keine Verankerung gefunden haben, wir es als selbstverständlich ansehen, daß im Reich für alle Zukunft die Soldatenräte in dem Heereswesen Platz finden werden und ihm damit eine dauernde Mitarbeit gesichert ist. Wir begrüßen sodann das automatische Proporzsystem, das auch den kleineren Parteien ermöglicht im Parlament vertreten zu sein, ebenso die Einführung des Vorschlagsrechts und die Volksabstimmung, eine alte demokratische Forderung und schließlich die Reorganisation im Beamtenwesen auf der Grundlage „Freie Wahl dem Tüchtigsten“.

Eingehend befaßte sich der Redner mit der Regelung der Eigentumsfrage und wandte sich gegen den Satz: „Die Sozialdemokratie wolle das Eigentum abschaffen“. Wir sind keine Diebe, sagte der Redner hinzu, unser Kampf geht gegen den Großkapitalismus und gegen den Grundbesitz. Verzeihen wir nicht, daß wir immer noch in der Revolution leben, daß dies keineswegs abzuschließen ist. Gewiß, die politische Revolution ist gemacht, die wirtschaftliche muß ihr folgen. Von dieser wirtschaftlichen Revolution haben wir bisher so gut wie gar nichts gespürt. Die Einführung des Achtstundentages war das einzige und das hat nur die Diktatur fertig gebracht. Diese wirtschaftliche Revolution wird die zweite Revolution sein und die Männer in der künftigen Regierung möge die Weisheit besitzen, ihr gerecht zu werden, damit sie nicht mit Gewalt ihren Forderungen Geltung verschafft. Habe ich vorhin der Soldatenräte gedacht, so möchte ich jetzt der Arbeiterräte gedenken. Eine ihrer Hauptaufgaben wird es künftig sein, an der Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens mitzuarbeiten, sei es in der Form von Arbeitsämtern oder Betriebsräten.

Der Redner begrüßte das im Verfassungsgesetz niedergelegte Koalitionsrecht und erörterte im folgenden das Verhältnis von Kirche und Staat. Wir wollen keine evangelische und keine katholische Sozialdemokratie, auch keine freireligiöse, in der Sozialdemokratie muß für alle Weltanschauungen und Richtungen Platz sein. Wir wollen ja in der Kirche mitarbeiten und werden auf diesem Wege weiterstreben, auch wenn wir noch so viel Hiebe dafür bekommen. Jener Zustand, wo Religion Staatssache war, wo sie von den Fürsten diktiert wurde, war ein verwerflicher Zustand, nicht nur für die Untertanen, sondern auch für die Kirchen selbst. Und das haben wir bekämpft. Religion ist Privatsache im Sinne von Herzenssache, Gemütsache; der Staat hat da nichts hineinzu sprechen. Auf dem Gebiete der Schule sind wir bedauerlicherweise nicht zu einer vollständigen Einigung gelangt wie auf dem Gebiete der Kirche. Bei der Zwangsschule haben sich die Geister geschieden. Die Schule sollte nicht allen Kenntnissen vermitteln — mit ihnen allem ist es nicht getan —, sie sollte vielmehr Volksschulung sein. Jeder wird sich mit unserem Antrag, Religion ist nicht Pflicht, nicht durchgedrungen. Wenn die Sozialisierung durchgeführt sein wird, dann wird auch die Zeit gekommen sein, wo die Schulfreiheit sich vollständig durchführen lassen wird. (Beifall bei den Soz.)

Hier wird kurz nach 8 Uhr die Beratung abgebrochen. — Finanzminister Wirth überreicht dem Haus den Gesetzentwurf über die Auseinandersetzung mit dem Großh. Hauje. Der Gesetzentwurf geht an den

Verfassungsausschuß. Fortsetzung der Beratung Donnerstag nachmittags 9 Uhr.

Karlsruhe, 19. März. Der Ausschuss für Justiz und Verwaltung der bad. Nationalversammlung beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit dem Gesetzentwurf über die Abänderung des Verfassungsgesetzes. Berichterstatter Abg. Schön (Dem.): Der Entwurf sieht die Einführung des allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Stimmrechts für die Wahlen zu den Bezirksräten und zu den Kreisversammlungen vor. Die Vertreter der 3 großen Parteien (Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten) sprechen sich in der allgemeinen Debatte grundsätzlich für die Annahme des Entwurfes aus. Zu einer Einzelberatung und zu einer Abstimmung kam es noch nicht.

Zur Lebensmittelversorgung.

Erklärung des Lebensmittelkontrollenrs Hoover.

Amsterdam, 19. März. In der bereits kurz gemeldeten Unterredung des amerikanischen Lebensmittelkontrollenrs Hoover mit dem Berliner Korrespondenten der Daily News erklärte Hoover noch, der schwierigste Teil der ganzen Lebensmittelfrage sei die Finanzfrage. Es könne Europa nicht damit fortfahren, seine künftigen Ausgaben auszugeben, um sich Kredite für die Lebensmittel zu verschaffen. Die Kriegerstaaten in der Welt seien für die Versorgung Europas nicht ausreichend, wenn es nicht sofort zur Produktion von Bedarfsartikeln zurückkehre. Hoover fuhr fort: Wir arbeiten auf einer gänzlich künstlichen Grundlage, veräußern Lebensmittel auf Kredit und nehmen künftige Hilfskredite der verschiedenen Länder Europas als Tauschobjekte an, ohne entsprechenden Umtausch von Bedarfsartikeln. Das kann einfach nicht so weitergehen, und wenn Europa nicht in sehr kurzer Zeit zur Arbeit zurückkehrt, so werden wir in einem Jahre eine Wiederholung der jetzigen Nahrungsmittelkrisis erleben. Die Welt wird aber dann die Erschütterung viel schwerer ertragen, als heute. Wir müssen so rasch als möglich Frieden bekommen und dann können alle Länder zur Arbeit zurückkehren.

Der christliche Arbeiterkongreß und die Ernährungsfrage.

Luzern, 19. März. Schweiz, Dep.-Agentur. Der in Luzern tagende christliche Arbeiterkongreß sagte eine Entschlieung, in der auf eine sofortige Lösung der Ernährungsfrage für die hungernden Länder, die Freilassung der Gefangenen und die Forderung von Kohlen zur Beschäftigung der arbeitslosen Massen hingewiesen wurde. Die Entschlieung wurde der Friedenskonferenz in Paris übermittelt. Forderungen der rheinisch-westfälischen Zwickarbeiter.

D. Böhmen, 20. März. (Privat.) Im Rathaus zu

Serne fand eine Versammlung von Vertretern von Arbeiter-Ämtern und Sicherheitswehr der Industriegemeinden statt, in der Abgeordnete aus zahlreichen Orten des rheinisch-westfälischen Industriegebietes erschienen waren. Nach eingehenden Beratungen über die Lebensmittelnot wurde einstimmig eine Entschlieung angenommen, in der von der Regierung gefordert wird, daß 1. die Einfuhr von Holland für die Gemeinden sofort freigegeben wird und 2. eine vorzugsweise Belieferung mit den von der Entente in Aussicht gestellten Lebensmitteln stattfindet. Unter Punkt 3 heißt es: Die Regierung soll sofort einen bevollmächtigten Vertreter nach Serne entsenden, der mit dem von der Versammlung eingesetzten Ausschuss über die Versorgung der Industriebevölkerung mit Lebensmitteln verhandelt. Sollte die Regierung die Forderung ablehnen, so ist bestimmt zu erwarten, daß die Industriebevölkerung zur Selbsthilfe greifen wird.

Gefährdung der Lebensmitteltransporte?

Arbeitsverweigerung der Hamburger Seeleute auf ausgelieferten Handelsschiffen.

Hamburg, 19. März. In einer hiesigen Massenversammlung der Seeleute im Zirkus Lusch wurde einstimmig folgende Entschlieung angenommen: „Die heutige Versammlung der Seeleute aller Art verweigert die von der Entente geforderte Auslieferung der deutschen Handelsflotte und macht es allen deutschen Seeleuten und Arbeitern zur Pflicht, die Arbeit auf den Schiffen zu verweigern.“ Begründet wurde diese Entschlieung damit, daß wir außer der von der Entente garantierten ersten Lieferung von Lebensmitteln nach Auslieferung unserer Handelsflotte keine Gewähr mehr dafür haben, auch tatsächlich weitere Lebensmittel zu erhalten. (B. L.-M.)

D. Hamburg, 20. März. (Privat.) Zum Beschluß der

Hamburger Seeleute gegen die Ausfahrt der Schiffe zwecks Herbeischaffung der notwendigen Lebensmittel meldet ein hiesiges Telegamm des „Berl. Lok.-Anz.“: Die Einberufung der Versammlung erfolgte in aller Heimlichkeit. Die Presse hatte keine Mitteilung darüber erhalten und war auch nicht zugelassen worden. Bevor die Versammlung zur Abstimmung schritt, wies der Vorsitzende auf die ungeheure Wichtigkeit des Beschlusses hin und auf die Folgen, daß bei Annahme der Entschlieung unter Umständen die ganzen Wasserstraßenverbindungen gesperrt könnten. Er verlangte vor der Abstimmung eine Bedenkzeit von 5 Minuten. Erst nach Ablauf dieser Bedenkzeit wurde die Abstimmung vorgenommen und die Resolution mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Ein hiesiges Telegamm der „Voss. Zig.“ weist noch zu berichten, daß die Versammlung fast ausschließlich durch den deutschen Seemannsbund beherrscht war, der im internationalen Seemannsbund schwimmt. Die im Transportarbeiterverband organisierten Seeleute haben sich bereit erklärt, eine genügende Anzahl von den Matrosen für die Besatzung der Schiffe zu stellen. Bezeichnend für den Geist, der in der Versammlung des deutschen Seemannsbundes herrscht ist der Wunsch eines Redners, der erklärte, es werde gar nichts haben, wenn Deutschland von der Entente

Seine Lebensmittel erhalten, dann werden wir solche von Ausland bekommen (1). Man möge sich nur möglichst schnell mit Ausland befreunden.

WTB. Berlin, 19. März. Zwischen dem Verband der deutschen Reeder und dem Transportarbeiterverband haben im Laufe der letzten Woche eingehende Verhandlungen über ein neues Tarifabkommen stattgefunden. Diese Verhandlungen führten erfreulicherweise zu einem guten Resultat. Der Tarifvertrag kam zustande. Eine kleine Gruppe radikaler Seeleute im deutschen Seemannsbund sucht diese zu zerstören und trat an die Reeder mit der Forderung heran, die Sätze des Tarifvertrages um 100 Prozent zu erhöhen. Werde dieser Forderung nicht nachgegeben, so würden die deutschen Schiffe nicht ausfahren. Der deutsche Seemannsbund suchte die Arbeitswilligen von der Anwerbung fernzuhalten. Er berief in Hamburg und Bremen öffentliche Versammlungen ein und forderte die Seeleute auf, sich nicht anwerben zu lassen. Dieses Verhalten des Seemannsbundes ist das denkbar volksfeindlichste. Es schädigt nicht nur das deutsche Volk aufs allerhöchste, es setzt auch die deutschen Seeleute der Gefahr aus, daß sie auf ihren Schiffen nicht verbleiben können, sondern von den Alliierten heruntergeholt werden. Das Verhalten des deutschen Seemannsbundes kann daher nicht scharf genug gebrandmarkt werden. Es ist von den übrigen Arbeitern in Hamburg und Bremen zu erwarten, daß sie gegen dieses arbeitsfeindliche Treiben mit aller Kraft aufzutreten.

— Berlin, 20. März. Auf den Beschluß des deutschen Seemannsbundes hin sind bereits gestern zwei Schiffe, die gemäß dem Brüsseler Abkommen auslaufen sollten, die Dampfer „Bürgermeister von Halle“ und „Bürgermeister Schröder“ an der Ausfahrt verhindert worden.

Die „Voss. Ztg.“ sagt: Das Vorgehen der Hamburger Seeleute stellt eine neue Ausartung des Faustrechtes dar, das sich einzelne Glieder des deutschen Volkes gegen die Gesamtheit anmaßen. Es bedeutet eine Ungeheuerlichkeit, daß sich eine einzelne Gruppe dazu hergibt, Verträge, die namens des deutschen Volkes geschlossen werden, zu sabotieren.

Wie verschiedene Morgenblätter berichten, verbreitete noch gestern abend der Deutsche Transportarbeiterverband, Sektion Seeleute in Hamburg, ein Flugblatt, in dem er sich gegen den Beschluß der Hamburger Seeleute wendet und sagt, daß die Seeleute trotz allierter Flagge auf den zur Verfügung gestellten Schiffen unter deutschem Recht und deutschem Kommando stehen.

Sch. Berlin, 20. März. (Privattele.) Die Reichsregierung hat Verhandlungen mit den Hamburger Seeleuten eingeleitet. Es soll unter allen Umständen die Ausfahrt der Lebensmitteldampfer für diese Woche erreicht werden.

Zwischen Waffenstillstand und Frieden.

Völkerbund und Friedensbedingungen.

WTB. Paris, 19. März. Nach einer Savasmeldung fand gestern nachmittag eine Zusammenkunft des Präsidenten Wilson sowie des Ministerpräsidenten Clemenceau, Lloyd George und Orlando statt. Ueber das Ergebnis derselben verlautet nichts.

D. Rotterdam, 20. März. (Privattele.) Wilson, Lloyd George, Clemenceau und Orlando besprachen die Aufnahme eines Entwurfes des Völkerbundes in den vorläufigen Friedensvertrag. Auch England weist jetzt dem Standpunkt Wilsons zu und wahrscheinlich stehen wichtige Entscheidungen bevor, weil es sich darum handelt, die vorläufigen Friedensbedingungen jetzt gleichzeitig mit den endgültigen Waffenstillstandsbedingungen mit vorzulegen.

Frankreich und die Rheinfrage.

Basel, 20. März. (Privattele.) Die Presseinformation meldet: Die Frage der Internationalisierung des Rheins ist erneut in der Kommission verhandelt worden und wird nächster Tage bei Beratung der Feststellung der Westgrenze Deutschlands endgültig erledigt. Es besteht zur Zeit eine unbedingte Mehrheit für die freie Schifffahrt auf dem Rhein für alle Staaten, während Frankreich ein Protektorat von Mannheim bis Basel fordert. Es wurde in der Kommission erklärt, daß auch die Neutralen ein großes Interesse an der freien Rheinschifffahrt hätten. Frankreich verfocht allerdings mit der Rheinfrage gleichzeitig die Errichtung der Rheinrepublik. Hierzu erklären französische Politiker, daß die Rheinrepublik kommen werde, wenn es gelänge, den Friedensschluß etwas hinauszuziehen.

Die Frauenrechte im Friedensvertrag.

WTB. Paris, 19. März. (Savas.) Die Kommission zur internationalen Arbeitsgesetzgebung hörte die Delegierten der wichtigsten Frauenbünde an, die die bereits bekannten Ansprüche vorbrachte und der Kommission den Wunsch übermittelte, daß in jedem Lande ein weiblicher Arbeiterschutz gebildet würde, der sich ausschließlich aus Frauen zusammensetzen sollte. Diesem sollten alle Gesetze vorgelegt werden, die sich mit den Rechten der Frauen befassen. Die Delegierten forderten ferner, daß die vorgebrachten Wünsche nicht nur im Völkerbundsstatut, sondern auch im Friedensvertrag aufgenommen würden.

Eine deutsche Anfrage über den Friedensvertrag.

WTB. Berlin, 19. März. Der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa hat gestern abend folgende Note überreicht:

Nach englischen Blättermeldungen hat der englische Premierminister Lloyd George erklärt, daß der Friedensvertragsentwurf den Deutschen zugestellt werde, sobald Präsident Wilson seine Genehmigung gegeben habe. Man werde den Deutschen aber nicht gestatten, den Entwurf zu debattieren oder irgendwelche Veränderungen an ihm vorzunehmen. Das Datum der Einberufung der deutschen Delegierten hänge von der inneren Lage Deutschlands ab.

Zu derselben Zeit hat der französische Minister des Auswärtigen Ribot in der öffentlichen französischen Presskonferenz nach übereinstimmenden französischen Meldungen erklärt, daß die Alliierten sich in keine Debatten über den Vorfrieden mit den Deutschen einlassen werden. Die Deutschen dürfen den Vorfrieden, so wie er ausgearbeitet sei, nur annehmen oder sie können ihn auch ablehnen.

Der Reichsminister des Auswärtigen und ich als Vorsitzender der deutschen Waffenstillstandskommission wünschen um baldige Aufklärung, ob diese Meldungen der englischen und französischen Presse, welche bisher ohne Widerpruch von zuständigen amtlicher Seite geblieben sind, als zutreffend angesehen werden müssen, und ob die alliierten und assoziierten Mächte ihrerseits nach dieser Meldung zu verfahren gedenken.

Marshall Foch.

— Basel, 19. März. Wie aus Paris gemeldet wird, dürfte Marshall Foch, sofern nicht vom Zehnerat der Entente unvorher-

gesehenen Zwischenfälle eintreten, auf Rang und Titel eines Höchstkommandierenden der Ententetruppen anfangs April verzierten. Fochs künftige Stellung hängt davon ab, ob Clemenceau die Leitung des Kriegsverkehrs erhält. (B. L. A.)

Ein neuer U-Boot-Transport.

— Hamburg, 20. März. Einer Meldung des „Berl. Tagbl.“ zufolge, verließ gestern ein weiterer Transport von 10 U-Booten den Hafen, um an die Entente übergeben zu werden.

Scheidemann über Kaiser und Hindenburg.

Basel, 19. März. (Privattele.) Die „Voss. Nachr.“ melden: Der „Tempo“-Berichter in Weimar hatte eine Unterredung mit Ministerpräsident Scheidemann bezüglich des Kaisers und Hindenburgs. Scheidemann erklärte zur Frage der Behandlung Wilhelms II.: Wir betrachten den Kaiser und die Monarchie als völlig erledigt. Die Einsetzung eines Gerichtshofes ist eine ernste Angelegenheit, die von der Regierung schon beraten wurde; die Regierung hat noch nicht Stellung genommen. Meiner persönlichen Ansicht nach hat die Sache nicht die Bedeutung, wie die öffentliche Meinung Europas glaubt. Auf die Frage des Journalisten, wie es komme, daß Hindenburg die höchste militärische Stelle bleibe, erwiderte Scheidemann: Es ist ein Irrtum, zu glauben, die ganze militärische Autorität sei nur in den Händen Hindenburgs. Die Worte Oberste Heeresleitung bleiben, aber nicht die Sache selbst. Hindenburg untersteht dem Kriegsministerium, das wieder der Regierung untersteht. Lediglich wird diese Organisation in einigen Wochen verschwinden sein.

Die Alliierten räumen Odessa.

WTB. London, 19. März. Reuter. Die „Times“ meldet aus Paris, daß die Alliierten Odessa räumen, da die Lage, nachdem Cherson und Nikolajew durch die Bolschewisten eingenommen wurden, eine kritische geworden ist.

Zur Lage im Osten.

Bolschewistische Operationen an der russischen Nordfront.

WTB. Helsingfors, 19. März. Die Bolschewisten konzentrieren an der Nordfront zahlreiche Kräfte, die mit Artillerie ausgerüstet sind. Offiziere der alten russischen Armee, die zum Dienst in der Sowjetregierung gezwungen wurden, werden die Operationen leiten. Auch die Nachrichten von der Murmanküste deuten auf neue in Vorbereitung begriffene Operationen hin.

Roske bei Hindenburg.

— Berlin, 19. März. Die „Voss. Ztg.“ meldet: Bei dem gestrigen Besuche des Reichswehrministers Roske im Großen Hauptquartier in Kolberg wurden Fragen des Ostschubes besprochen, insbesondere in bezug auf Ostpreußen. Dabei wurde auch die Eingliederung der dortigen Freiwilligenkorps in die zu gründende Reichswehr beraten.

Der Abbruch der Bosener Verhandlungen.

WTB. Berlin, 19. März. Die Verhandlungen der Unterkommission der deutschen Waffenstillstandskommission mit der interalliierten Kommission zur Festlegung der Ausführungsbestimmungen für die militärische Demarkationslinie sind heute früh in Boson abgebrochen worden. Es war für den Augenblick nicht möglich, zu einer Einigung zu gelangen, namentlich über die sogenannte paritätische Oberkommission. Diese sollte als prüfende Instanz dienen für die paritätische Kommission. Dieser letzteren war zur Aufgabe gesetzt, eine vollkommen paritätische Behandlung der Deutschen und Polen bei der Demarkationslinie ohne Unterschied der Nationalität in Bezug auf den Schutz des Lebens, der persönlichen Freiheit, des Eigentums und der Ausübung des Berufes oder der öffentlichen Rechte zu garantieren.

Die paritätische Oberkommission sollte sich nach dem deutschen Vorschlag zusammensetzen aus je einem von der preussischen Regierung und der internationalen Kommission ernannten Mitglieder, sowie einem neutralen Vorsitzenden, welcher entweder vom Bundespräsidenten der Schweiz oder von dem Papste ernannt werden sollte. Die Alliierten haben demgegenüber eine andere Zusammenfassung empfohlen, nämlich einen Alliierten, einen Deutschen, einen Polen und zwei noch zu kooperierende Mitglieder, jedoch unter allen Umständen die Alliierten die Mehrheit gehabt hätten. Als endgültiger Vorschlag blieb dann von beiden Seiten bestehen, auf der deutschen Seite der Plan, den Vorsitzenden durch den Papst ernennen zu lassen, auf der Entente-Seite die Ansicht, die Wahlen des Vorsitzenden der interalliierten permanenten Waffenstillstandskommission in Spaa zu übertragen.

Die deutsche Regierung sah die Interessen der Deutschen bei einem zahlenmäßigen Ueberwiegen der Entente nicht gesichert, während die interalliierte Kommission wiederum durch keinen Neutralen und auch durch den Papst nicht den Vorsitzenden ausgewählt haben wollte. Von deutscher Seite ist nichts unversucht geblieben, um namentlich den Vorschlag eines von päpstlicher Seite auszuwählenden Vorsitzenden in besonders eindringlicher Form den Polen nahebringen zu lassen, worauf aber aus formalen Gründen der Vorsitzende der interalliierten Kommission, Rouleux, nicht eingegangen können glaubte und die Verhandlungen abbrach. Der Abbruch der Verhandlungen ist für die deutschen Interessen kein Verlust, da auch die von der Entente gemachten Mitgliederorschläge den deutschen Ansprüchen nicht genügten.

WTB. Berlin, 19. März. Der Abbruch der Bosener Verhandlungen wurde von Seiten der Entente in einer in französischer Sprache abgefaßten Note mitgeteilt, in der der Standpunkt der Alliierten ausführlich dargelegt wird. Der authentische deutsche Wortlaut dieser Note wird von der Waffenstillstandskommission morgen vormittag veröffentlicht werden.

Die Entente und die Deutschen Bosens.

D. Paris, 20. März. (Priv.) Die französische Regierung beschäftigt sich gegenwärtig damit, zum mindesten offiziöse Beziehungen mit Deutschösterreich u. Boson anzubahnen. Eine Abordnung des deutschen Volksrates Bosens ist von der dort weilenden Abordnung der Verbandsmächte empfangen worden und hatte Gelegenheit, die Wünsche und Beschwerden des Deutschvolks vorzutragen. Es ist von der Vertretung des Verbandes die Erklärung abgegeben worden, daß ein künftiger Ausschuss von 5 Mitgliedern in Boson bleiben wird um bei Schluß der Deutschen zu übernehmen.

Die Geschehnisse im Reich.

Aus dem Verfassungsausschuss der Nationalversammlung.

WTB. Weimar, 19. März. In der heutigen Nachmittags-sitzung des Verfassungsausschusses erklärte der oldenburgische Gesandte von Euden-Abdenhausen, daß für die durch die Abg. Trimborn und Seltz geäußerten Wünsche über den Ausschluß von Oldenburg an die von diesen Abgeordneten propagierten Zukunftsstaaten im Oldenburgischen Lande keine Stimmung vorhanden sei, aber das Wort habe er nicht wegen solcher Zukunftsfragen genommen, sondern lediglich um eine Schuld abzutragen.

Diese Schuld bestehe darin, daß er als ältestes Mitglied des Bundesrates und des Staatsauschusses aufgrund von 15-jähriger Erfahrung hier vor der großen Öffentlichkeit bezeugen müsse, daß die preussische Regierung im Bundesrat niemals ihre Macht mißbraucht

habe, vielmehr habe jeder einseitigste Wunsch bei der preussischen Regierung warmherzige Aufnahme gefunden, und Preußen habe oft unter schweren eigenen Opfern so gehandelt, wie es irgend möglich gewesen sei. In vornehmer Weise habe die preussische Regierung im Bundesrat mit ihren Sympathien immer auf Seite des Schwächeren Teiles gestanden.

Die neuen Steuern.

— Berlin, 19. März. (Privattele.) Ueber die neuen Steuern verlautet, nach der „B. Z.“, daß die Reichsvergütungssteuer sich gleichmäßig auf Theater, Kinos, Konzerte, Feste und Jahrmärktebeteiligungen erstrecken solle. Geplant sei eine Besteuerung der Eintrittskarten, die von 10 bis 30 und mehr Prozent gestaffelt werden solle. Die neue Tabaksteuer ist als Bändersteuer auf Zigaretten gedacht. Die Grundbesitzsteuer stellt eine Vereinfachung aller bisherigen Grundbesitzsteuern dar. Die Fahrkartensteuer soll wesentlich vermindert werden. Die Reichserbschaftsteuer soll auf Besizenden und Ehegatten ausgedehnt werden.

Die neuen Generalstreikpläne.

Sch. Berlin, 20. März. (Privattele.) Für den von den Spartakisten und Unabhängigen in Aussicht genommenen neuen Generalstreik hat die Reichsregierung alle erforderlichen Vorkehrungsmaßnahmen getroffen. Allein für Berlin sind mehr als 30 000 Mann zuverlässiger Regimentsstruppen zusammengezogen.

Auch für die übrigen norddeutschen Großstädte haben falls der Generalstreik durch den Spartakisterror diesmal nicht erfaßt werden sollte, eine genügende Zahl von Regimentsstruppen zur Verfügung, die sofort in Bereitschaft wie Minderungen verhindern werden. Eine Abjuration von Wasser- und Lichtleitung wird durch die technischen Truppen in allen Fällen unmerklich gemacht werden können.

Nach den von den Alliierten erzwungenen Verpflichtungen dieses Lebensmittels an die Streikenden in keinem Falle ausgegeben werden.

— Berlin, 20. März. Aus gewerkschaftlichen Kreisen wird gemeldet, daß bei den heutigen schwierigen Verhältnissen gar nicht daran zu denken sei, daß sich die Durchführung des Generalstreiks in ganz Deutschland an einem bestimmten Termine erreichen lasse. Der laute Generalstreikspott des Spartakus könne auch die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß nach dem letzten Berliner Generalstreik in der Arbeiterkraft ganz Deutschlands eine allgemeine Ernüchterung eingetreten sei.

Beisprechung Lichtberger Opfer.

— Berlin, 20. März. Gestern nachmittag fand unter großer Beteiligung die Beisprechung der 2 Lichtberger Polizeibeamten, die bei den letzten Unruhen in Ausübung des Dienstes gefallen sind, im dortigen Friedhof in Lichtberg statt. Heute wird auf dem Friedhof Pöhlensee der Kriminalwachmeister Tappert aus Lichtberg beigesetzt, der von den Aufständischen sehr edlich mißhandelt und dann erschossen worden ist. (B. L. A.)

Aus der Tschecho-Slowakei.

Zur Haltung der Tschecho-Slowaken.

WTB. Prag, 20. März. Die „Narodni Listy“ melden: Unterzeichnung der Vorfälle, die unsere Verbände veranlaßt hat, heute aus Paris eine von der Friedenskonferenz entsandte gleichberechtigte Kommission in Prag ein. Vorsitzender ist der General G. Grunard, der auch Vorsitzender der Tschecho-Interalliiertenkommission ist.

WTB. Wien, 20. März. Wie das „Arendenblatt“ meldet, wird in der tschechischen Presse, in Versammlungen und Vorträgen auf die Aufforderung von Vostok der Deutschen aufgeführt.

WTB. Wien, 19. März. Die Blätter berichten über eine sozialdemokratische Versammlung, die gestern in Prag stattfand, in der Reaktor Stalin ausführte, daß den gegenwärtigen Verhältnissen in der Tschecho-Slowakei ein Ende gemacht werden müsse, denn jeder, der mit dem heutigen chauvinistischen Treiben nicht übereinstimme, sei seines Lebens nicht sicher. Diese Kreise bereiten einen Kapitalistenkrieg vor. Die Sozialdemokraten müßten das Parlament in seiner jetzigen Zusammenfassung auseinanderreiben. Wir wollen Koalitionsregierung ließe sich nicht zusammenarbeiten. Wir wollen, sagte er, keinen Krieg, und wir reichen dem deutschen Proletariat sowie dem Proletariat aller übrigen Nationen die Hand.“ Es wurden beantragt, Arbeiter- und Soldatenräte zu bilden.

Frankreich.

Pariser Kundgebungen.

Sch. Genf, 20. März. (Privattele.) Bei Straßenkundgebungen in Paris am letzten Sonntag wurden, wie „L'opinion“ meldet, einige 30 Personen verhaftet. Man rechnete mit einer Fortsetzung der Kundgebungen für kommenden Sonntag. Die in den Pariser Fabriken angeschlagenen Aufforderungen zum Generalstreik für den 30. März wurden auf militärische Anordnungen hin entfernt.

England.

Die Arbeiterfrage.

WTB. Rotterdam, 20. März. Der Korrespondent der „London Daily News“ für Arbeiterangelegenheiten schreibt, es sei kein Grund zu geben dafür vorhanden, daß die Parteien einander näher gekommen seien. Die Haltung der Befürworter der Kohlengruben und der Eisenbahnverwaltung liege nicht auf die Absicht schließen, irgend ein Geständnis zu machen, das als Bewilligung der Forderungen der Bergarbeiter und der Eisenbahnangestellten betrachtet werden könnte. Andererseits habe die Abneigung unter den Bergarbeitern gegen eine Regelung unter ihren Forderungen zugenommen. Auch die Eisenbahnangestellten wollten keine ihrer Forderungen fallen lassen. Es sei unwahrscheinlich, daß die Mitglieder der Kohlenkommission einer Einigung gelangen würden.

WTB. Rotterdam, 20. März. Der „Times“ zufolge ist die Lage der Baumwollspinner in Lancashire eine kritische. Ungefähr 60 000 Arbeiter sind ohne Arbeit. Dies wird der großen Steigerung der Löhne zugeschrieben, die es Lancashire unmöglich machen, zu den den Abnehmern gebotenen Preisen zu liefern. In einigen Betrieben beginnt man, auch für die Baumwollspinnerei in Lancashire ein einziges Mittel in der Verknüpfung zu sehen. Die „Times“ hält die Lage für um so bedrohlicher, als England nicht mehr länger ein Kreditgeber der Welt ist.

Luftwärme in Karlsruhe.

(nach den Beobachtungen der meteorologischen Station.) 19. März, mitt. 2,26 Grad; 19. März, nachts 2,26 Grad; 0,2 Grad; 20. März, morg. 7,26 Grad; 19. März, mitt. 5,3 Grad; niedrigste in den darauffolgenden Nacht - 1,4 Grad.

Wasserstand des Rheins.

Schutterinsel, 20. März, morg. 6 Uhr, 1,70 m (19. März, 1,26 m); Rehl, 20. März, morg. 6 Uhr, 2,29 m (19. März, 2,22 m); Magau, 20. März, morg. 6 Uhr, 4,04 m (19. März, 4,06 m); Mannheim, 20. März, morg. 6 Uhr, 3,16 m (19. März, 2,44 m).

Verchiedenes

Musikstudium.

Sonnt. u. Herr. u. Dame... Musikstudium...

Gebr. Möbel

Gebr. Möbel... verschiedene Möbelstücke...

Wer poliert

Wer poliert... Dienstleistungen für Möbel...

Wer nicht

Wer nicht... verschiedene Artikel...

Wiesen

Wiesen... Grundstücke zum Verkauf...

Wo

Wo... verschiedene Angebote...

Kind

Kind... Kleinkinderartikel...

gute Pflege

gute Pflege... Dienstleistungen...

30 Mark

30 Mark... verschiedene Artikel...

Verloren

Verloren... Fundstücke...

Gefunden

Gefunden... Fundstücke...

Kapitalien

Kapitalien... Finanzdienstleistungen...

Kaufgeluche

Kaufgeluche... verschiedene Angebote...

Villa

Villa... Immobilienangebote...

Wertbaut

Wertbaut... verschiedene Artikel...

Freiung

Freiung... Dienstleistungen...

Schreibmaschinen

Schreibmaschinen... verschiedene Modelle...

Radierungen

Radierungen... verschiedene Artikel...

Wägen

Wägen... verschiedene Modelle...

Wäsche

Wäsche... verschiedene Artikel...

Hand-Reisekoffer

Hand-Reisekoffer... verschiedene Modelle...

Eine Kleiderbügel

Eine Kleiderbügel... verschiedene Modelle...

Grammophon

Grammophon... verschiedene Modelle...

Mandoline

Mandoline... verschiedene Modelle...

2000 M.

2000 M... verschiedene Artikel...

Leinwand

Leinwand... verschiedene Modelle...

Gut

Gut... Immobilienangebote...

Spiegel

Spiegel... verschiedene Modelle...

Ein Zimmer

Ein Zimmer... verschiedene Modelle...

Staatsbürgerschule der Deutschen Demokratischen Partei in Baden. Ortsverein Karlsruhe.

Infolge technischer Schwierigkeiten fallen folgende Vorträge aus: 2 Abende. Die Verwaltung der badischen Städte u. Gemeinden...

Colosseum. Waldstr. 16/18. Telefon 1938.

Das neue Spezialitäten-Programm! vom 16. bis mit 31. März. Täglich abends 8 Uhr. Burgos Comp. Gymnastische Neuheit im Schwungseil.

An alle ehemaligen badischen Leibgrenadiere!

Am Sonntag, den 23. März abends 7 Uhr findet im großen Saal der Festhalle ein Allgemeiner Leibgrenadier-Abend unter Mitwirkung der gesamten Regimentskapelle...

Kaufm. Verein von 1858. Versammlung

Donnerstag, den 20. März 1919, abds. 8 Uhr, im Vereinslokal Gaudinstraße, 31. Etg.

Eintrachtsaal Karlsruhe Heute Donnerstag, den 20. März 1919, abends 7 1/2 Uhr. Klavier-Konzert ELLY NEY

Eintrachtsaal. Samstag, den 22. März, abends 7 1/2 Uhr. KONZERT

Ottomar Voigt Violine. 4420. Am Flügel: Dora Matthes. Brahms: Sonate G-Dur; Schumann: Märchenbilder für Bratsche; Spohr: Violinkonzert Nr. 8.

Eintrachtsaal Karlsruhe Montag, 24. März, abends 7 1/2 Uhr

2. Lieder- und Balladen-Abend Heinrich TIEMER Nationaltheater Mannheim. Mitwirkung: Prof. Hans Hermann, Klavier

Brannes Einwickelpapier

100 Bogen 18.50 Mt. (auch 100 Bogen). Format 35x50 Zentimeter.

Kinobesucher!

Nehmt Stellung gegen die doppelte Kinolustbarkeitssteuer durch Einzeichnung in die in jedem Lichtspieltheater aufliegenden Listen!

Städtisches Konzerthaus zu Karlsruhe.

Donnerstag, den 20. März 1919. Vorstellung des Bad. Landestheaters. Donnerstagsmühsal Nr. 25. Sigurd Braa

Lichtspiele. Kaiserstr. 104. Telefon 3885.

Nur noch 2 Tage. Der 2. Film aus der Marineleutnant von Brinken-Serie. Das Goldtal.

Papa's Seitensprung.

Reizendes Lustspiel in 3 Akten mit Rich. Alexander und 4434 Melita Petri.

Freiw. Versteigerung von Glaswerkzeug.

Freitag, den 21. ds. Mts., nachmittags 1 Uhr, werden in der Glaserstr. 16 in Durlach folgende Gegenstände...

Achtung! Damenwäsche und Strümpfe.

Damenwäsche und Strümpfe, schwarze Damenhüte, schwarze Damenhüte u. dergleichen.

Achtung! Reparaturen an Säbren.

Alle vorstehenden Reparaturen an Säbren besorgt zu maßl. Preisen.

Herrenkleider R. Wurthorn, Schneidermeister

Ulrichstr. 22, empfiehlt sich a. Anfertigung von Herrenkleidern...

Kaufe! Selt. u. Weinflaschen.

Selt. u. Weinflaschen, Glasol, Silberpapier, Kinolustm., Bodenläufer, Leinwand, Kleinteile, Gardinen, Tafeldecken usw.

Residenz-Theater. Waldstrasse 30. Schillerstrasse 22.

Heute und morgen Carmen Irrungen. In der Hauptrolle: Pola Negri. Harry Liedtke.

Palast-Lichtspiele „Olaf Bernadote“

(Meine Auferstehung) Dramatisches Filmspiel in 4 Akten. In der Hauptrolle: Carl de Vogt. Harry Liedtke

Kaffee Odeon. Donnerstag, 20. März abends 8 1/2 Uhr.

Sonder-Konzert mit verstärkter Kapelle. Leitung: Herr Kapellmeister Alfons Zagel. 1. Florentiner Marsch...

Die neuesten Belgjournale sind eingetroffen.

Die neuesten Belgjournale sind eingetroffen u. ist es rathsam, die Bells von jetzt ab u. den Sommer über zum Vordern zu geben...

Nachlass-Versteigerung. Freitag, 21. März, vormittags 9 Uhr.

Kronenstraße Nr. 15, 1. Stock: 4 vollständ. Betten mit Kopfbremse, 1 Bettst., 2 Kissen, 1 Sekretär, 1 Schreibtisch, 1 Kleiderkasten...

Freihändiger Möbel-Verkauf.

Eine komplette Schlafzimmereinrichtung, bestehend aus Bett, eleg. Spiegelkasten, 1 Waschkommode...

Freiwillige Gasthaus-Versteigerung.

Die Gastwirtschaft „zur Reichspost“ (früher Bierbr. Amann) in Mählhäusern (Am Wiesloch) wird mit Inventar am Mittwoch, den 26. März, vormittags 10 Uhr...

Mehlgerei

ein Mehldepot einer Großmühle, sowie eine Brauereibrennerei betrieben; Brenn-Kontingent besetzt noch.

Klavier-Stimmungen und Reparaturen

werden in bekannt solider Weise bei billiger Berechnung ausgeführt von K. Hottenstein, Karlsruhe

Damenhüte

fr. Frühjahr, modern, neu, billig zu verl. 213870.41 Bärgasse 21, part.

Pläne, Zeichnungen etc. schnellste u. beste Vervielfältigung bei 14700

S. Thoma Nachf. Elektr. Lichtpausanstalt Kaiser-Allee 29. — Telefon 5026. Geschäfts-Empfehlung

Damenhüte

schöne Auswahl, elegant und billig. Umpressen u. Umnähen der Hüte. Flotte Formen.

Daniels Konfektionshaus

Wilhelmstraße 34, 1. Treppe, Telefon 1846. Frühjahrs- u. Seiden-Mäntel, Seiden- und Moiré-Jacken...

Altes Gold u. Silber

Brillanten, Perlen u. Juwelen kauft zu höchsten Preisen. Hofjuwelier Bertsch

Dreyfuss Blumen

zu 46 u. 48 Stk. das Stück. Kaiserstr. 104, 3. Stock. 21548

Zuverlässige Erfurter Gemüsesamen

liefert in allen Sorten die Erfurter Samenbldg. Richard Heintze, Karlsruhe i. B., Ulmstraße 39.

Alkohol-Hellmico

zur Pflege bei Schuppen, Hautausschlag, mangelhaftem Haarwuchs empfiehlt sich durch bewiesenen Erfolg. Goldene Medaille Dresden 1913.

A. Bauer, optische Anstalt

Karlsruhe, Kaiserstraße 124b. Baden-Baden, Lichtentalerstr. 16 (Eing. Kreuzstr.). Brillen, Grosses Lager, Pincenez, Feldstecher, Barometer, Reparaturen